



Titelbild: Nachlass Hans Peter Siebing  
| apabiz e.V.

## Architektur als Medium rechtsradikaler Kulturpolitik

Der französische rechtsextreme Theoretiker Alain de Benoist rief 1982 zu einer Kulturrevolution von Rechts auf. In Aneignung der marxistischen Theorien Antonio Gramscis verstand er den Bereich der Kultur als Metapolitik. Diesem Verständnis nach setze die Durchsetzung einer Änderung der politischen Verhältnisse die vorherige Veränderung der kulturellen voraus. Für die in rechtlastigen Ideologien so wichtige Identitätspolitik nimmt die Architektur eine zentrale Stellung ein.

*Ein Gastbeitrag von Philipp Oswalt*

Dies lässt sich zum Beispiel in Maximilian Krahs Buch »Politik von Rechts« nachvollziehen. Im Kapitel »Identität als lokale Gemeinschaft« argumentiert er, dass rechte Kommunalpolitik zuvörderst Kulturpolitik sein müsse, und deren wichtigster Teil der Städtebau: »Damit nicht alle Orte gleich und gleich häßlich aussehen, mit der Bauhauskiste als Standardneubau, muß Politik von rechts Architekturdebatten führen. Es geht um die Wiedergewinnung der jeweiligen Einzigartigkeit durch städtebauliche Rekonstruktion, wo durch die Bombardierungen des Zweiten Weltkrieges und die anschließende Zerstörung durch den Wiederaufbau das einstmalige Prägende verschwunden ist.«<sup>1</sup> Als positive Beispiele nennt er den Wiederaufbau von Symbolbauten wie dem Berliner Schloss oder von Quartieren

wie der Neuen Frankfurter Altstadt. Um zu einer »Übereinstimmung der konkreten menschlichen Gemeinschaft mit ihrer Umgebung« zu kommen, solle der über diese Rekonstruktionen hinaus erforderliche Neubau im Heimatschutzstil erfolgen, der – was Krahs verschweigt – auch im Nationalsozialismus für den Wohnbau herangezogen wurde. Denn »das eigene Dorf, die kleine Stadt oder der Stadtteil mit typischen, einprägsamen Gebäuden in einer einzigartigen und intakten Natur sind der äußere Eindruck, der im Inneren die Vorstellung von Heimat und Verwurzelung schafft. [...] In diesem identitären Rahmen agiert eine Gemeinschaft von gleich Geprägten, die einander kennen, solidarisch sind und sich gegenseitig korrigieren. Niemand wird zurückgelassen.« Mit Gemeinschaft meint er eine homogene Volksge-

meinschaft: »Volk ist Realität. Über Jahrhunderte hat sich durch kollektive Evolution eine Gemeinschaft entwickelt, deren Mitglieder untereinander ähnlich sind, die typische Eigenschaften ausgeprägt und zu wunderbaren, weil einzigartigen Kulturleistungen geführt hat.«

Was Krah hier zu Papier bringt, ist Common Sense der sogenannten Neuen Rechten und kann seit Jahrzehnten in Publikationen wie der Jungen Freiheit gelesen werden.<sup>2</sup> Doch nicht nur dort. Dieser Kulturkampf soll für breitere Kreise anschlussfähig sein und die gesellschaftliche Mitte erreichen. Dafür werden öffentliche Stimmungen und Tendenzen aufgegriffen, pauschalisiert und vereinfacht, polemisiert und polarisiert. Zugleich werden kaum Angriffsflächen durch eindeutige Positionierungen geboten, etwa

oder Indien finden.<sup>3</sup> In Deutschland sind es die Potsdamer Garnisonkirche und das Berliner Schloss, die das preußische Erbe für die neudeutsche Identität im wiedervereinten Deutschland aktivieren wollen. Beide Projekte zeichnen sich dadurch aus, dass sie im Wesentlichen von Akteur\*innen der gesellschaftlichen Mitte getragen werden, rechtslastige Kreise auf ihre Entstehung und Ausformung relevanten Einfluss hatten und diese als Aufbruchsignal verstehen.<sup>4</sup> Anlässlich der Einweihung der Dresdner Frauenkirche schrieb der Herausgeber der Jungen Freiheit Dieter Stein im Jahr 2005 mit Blick auf das Berliner Schloss: »Die Widerstände der deutschen Neurose sind zu brechen! Ein ganz neuer Enthusiasmus kann das Land erfassen, sich der Wiederherstellung wenigstens der Kerne der geschundenen deutschen Altstädte und Residenzen



2006 begann der Abriss des Palastes der Republik, um hier den Neubau des Berliner Schlosses zu realisieren | Bild: Nachlass Hans Peter Stiebing | apabiz e.V.

im Sinne einer völkischen Argumentation. Die Benutzung von Begriffen und Sentenzen aus der NS-Ideologie führen zu einer Verschiebung des Diskursraums und damit zur Enttabuisierung und Wiedereinführung solcher Begriffe.

Exemplarisch für diesen rechten Kulturkampf sind einige der von Krah benannten Rekonstruktionsprojekte der letzten Jahre. Wenn dies hier problematisiert wird, geht es nicht darum, Rekonstruktion per se zu skandalisieren – solche hat es in der Architekturgeschichte seit jeher gegeben. Doch Rekonstruktionen von Symbolbauten sind besonders geeignet für eine nationalistische, autoritäre sowie völkische Identitätspolitik, wie es sich schon im Deutschen Kaiserreich bei Projekten wie dem Wiederaufbau der Marienburg, der Wartburg oder der Hohkönigsburg zeigt. Sie sollen die vermeintliche historische Identität und den Wesenskern einer Nation bzw. behaupteten Volksgemeinschaft zum Ausdruck bringen, in einem essentialistischen Ewigkeitssinn und in der Vorstellung von gesellschaftlicher Homogenität.

Heutzutage lassen sich identitätspolitische Rekonstruktionen etwa in Ungarn, dem Polen unter der PiS-Regierung, Russland

zuzuwenden und damit der Gesundung der deutschen Identität. Deutschland braucht eine architektonische Renaissance, die die Seele seiner Städte und damit die Seele aller Deutschen gesunden lässt.«<sup>5</sup> Zwei Jahre später hieß es von ihm zum Berliner Schloss: »Vielleicht ist endlich einmal Schluß mit dem »Gebrochenen«, »Verfremdeten«, »irgendwie Anderen und Neuen«. Das Schloß ist das Herz des preußisch geprägten Deutschland. Es wird wieder zu schlagen beginnen.«<sup>6</sup> Zum Richtfest des Baus äußerte er im Jahr 2015: »Architektur ist Gestalt gewordener Wille zum Staat. In ihr läßt sich das Selbstbewußtsein einer Nation ablesen. [...] Wir Deutschen gewinnen unsere Mitte wieder.«<sup>7</sup>

Nun ließe sich gegen diese Darstellung einwenden, dass niemand vor Applaus von falscher Seite gefeit ist und haftbar gemacht werden kann. Stichhaltig ist ein solcher Einwand nicht. Es wäre ohne Schwierigkeit möglich, sich vor einer rechtsradikalen Instrumentalisierung zu schützen. Dann nämlich, wenn die Rekonstruktion nicht »originalgetreu« erfolgen würde und so wirkt, als hätte es keine Brüche und Zerstörungen gegeben. Ein optisch perfekter Nachbau der einseitigen Gestalt von Nationalsymbolen ver-

drängt nicht nur die Veränderungen über die Zeit, die viel Wesentliches über Geschichte vermitteln, sondern idealisiert den Ausgangspunkt, mit dem man sich durch den exakten Nachbau uneingeschränkt identifiziert. Dass es anders geht, zeigen prominente Beispiele wie die Rekonstruktion der Alten Pinakothek in München (1946-1957), der Paulskirche in Frankfurt (1947/48), oder der Neuen Meisterhäuser in Dessau (2011-2014). Bei all diesen Bauten war es den Architekt\*innen ein Anliegen, nicht allein den verloren gegangenen Bau wiederzugewinnen, sondern deren ganze Geschichte anschaulich zu machen. Statt einem vermeintlichen Ideal wurde Geschichtlichkeit, auch im Sinne von Brüchen aufgezeigt, und in dieser Hinsicht aufklärerisch gewirkt.

Beim Humboldt Forum wurde sich bewusst gegen diesen Weg entschieden, der mit dem ursprünglichen Votum der internationalen Expert\*innenkommission und dem Beschluss des Bundestags noch offen gestanden hatte. Die Mehrheit der Jury hat einen entsprechenden Entwurf der Architekten Kühn/Malvezzi beim Wettbewerb verworfen. Den teilnehmenden Architekt\*innen wurde durch den vorherigen Komplettabriss des Palasts der Republik zudem die Möglichkeit genommen, spätere Phasen deutscher Geschichte an diesem Ort in ihrer architektonischen Gestaltung aufgreifen zu können. Stattdessen wurden in der Planung Schritt für Schritt weitere, ursprünglich nicht vorgesehene Bauelemente aus der Zeit vor 1918 original rekonstruiert und damit die Symbolbedeutung des Gebäudes radikalisiert. Wichtigster Baustein war die heftig umstrittene Kuppel mit Christuskreuz und Bibelspruch aus der Zeit der Restauration Mitte des 19. Jahrhunderts. Umgekehrt wurde jeder Versuch, die Symbolbedeutung auszubalancieren und in ihrer Eindeutigkeit aufzubrechen, verhindert. Der Vorschlag der Gründungsintendanz, das Kunstwerk ZWEIFEL des Künstlers Lars Ø. Ramberg auf dem Bauwerk zu installieren wurde ebenso verworfen wie die Idee, den Bibelvers nachts mittels einer LED-Installation mit anderen Zitaten zu überblenden.

Maßgeblich für diese Entwicklung war das Wirken des Fördervereins Berliner Schloss. Dessen Versprechen, die Fassaden durch private Spenden zu finanzieren, verlieh dem Projekt eine basisdemokratische Legitimation, dem sich die Politik als Bauherrin verpflichtet sah. Bereits 1993 warb der Förderverein in der Jungen Freiheit mit einer großen Anzeige um Spenden.<sup>8</sup> Dem Gründungsvorstand des Fördervereins gehörte als stellvertretender Vorsitzender Dieter Lieberwirth an. Ende der 1980er Jahre tat sich Lieberwirth zunächst als NPD-Anhänger hervor, bevor er sich als langjähriger Funktionär zunächst bei den Republikanern, u.a. im Bundesvorstand, und schließlich bei der AfD engagierte. Lieberwirth schied zwar 1994 aus dem Vorstand des Fördervereins aus, blieb aber aktives Mitglied und Spender. Weitere AfD-Politiker\*innen und Unterstützer\*innen finden sich unter den Funktionär\*innen und Großspender\*innen des Vereins. Wilhelm von Boddien als Vorsitzender bzw. Geschäftsführer des Vereins warb in einigen extrem rechten und rechtsradikalen Kreisen für die Rekonstruktion des Schlosses, so in der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft Hamburg<sup>9</sup> und bei der Jungen Landmannschaft Ostpreußen.<sup>10</sup> So ist es nur folgerichtig, dass dieses Milieu für die historischen Rekonstruktionen spendete und über optionale Bausteine

auch auf die Ausgestaltung Einfluss nehmen konnte. Keineswegs sind alle Fälle bekannt, da mehr als 30 Prozent der Spenden anonym sind, wobei selbst dem Verein bei einem Großteil die Provenienz unbekannt ist. Die umstrittene Kuppel ist einem anonymen Spender zu verdanken, der mittels eines mittleren Millionenbetrags die Realisierung dieses Bauteils sicherstellte und damit durchsetzte. Ein weiterer rechtsradikaler Großspender ist der inzwischen verstorbene Berliner Privatbankier Ehrhardt Bödecker, der sich gelegentlich auch antisemitisch äußerte.<sup>11</sup>

Am Berliner Schloss zeigt sich exemplarisch, wie es der extremen Rechten aktuell gelingt, mittels Rekonstruktionsprojekten in die gesellschaftliche Mitte vorzudringen und diese zu infiltrieren. Dabei führt die holzschnittartige Polarisierung des Diskurses zwischen Pro oder Contra Rekonstruktion zu einer Lagerbildung, aufgrund derer die nötige Abgrenzung von extrem rechten Kräften unterbleibt. Selbstredend sind der größere Teil der zehntausenden Spender\*innen und der Förderverein keineswegs extrem rechts. Doch zeigt der Förderverein wenig Interesse, sich von extrem rechten Kreisen abzugrenzen.<sup>12</sup> In Reaktion auf die Kritik bekannte sich der Geschäftsführer des Vereins Wilhelm von Boddien ohne Ausnahme zu allen Spender\*innen, das heißt auch zu den rechtsradikalen und rechtsextremen und wurde für diese Standhaftigkeit von der Jungen Freiheit gelobt.<sup>13</sup> Der Vereinsvorsitzende Richard Schröder leugnete den Antisemitismus des Großspenders Bödecker mit Falschbehauptungen, die ihm inzwischen gerichtlich untersagt wurden. Unter dem Deckmantel von Kultur, Schönheit und Stadtreparatur wird hier ein Zusammengehen von konservativen und extrem rechten Kräften sichtbar. •

**1** Maximilian Krahe: Politik von rechts. Ein Manifest, Schnellroda 2023, S. 52ff. (dieses und die nachfolgenden Zitate) **2** Exemplarisch sind hierfür die weiter unten zitierten Beiträge von Dieter Stein oder von Claus Wolfschlag: Heimat bauen. Für eine menschliche Architektur, in: Andreas Molau (Hrsg.): Opposition für Deutschland. Widerspruch und Erneuerung, Berg am Starnberger See 1995, S. 113–152. **3** Dazu zählen die Neugestaltung des Regierungsviertels der Burg Buda sowie mittelalterliche Burgen und Kirchen aus der Zeit des Großungarischen Reichs, das Königsschloss Posen und das Sächsische Palais in Warschau, Neu-Cherson in der ukrainischen Stadt Sewastopol und zuvor die Christ-Erlöser-Kathedrale in Moskau, der Somnath-Tempel in Veraval und der Hindu-Tempel in Ayodhya. **4** Vgl. zum Berliner Schloss: Philipp Oswalt: Kulturrevolution mit Preußen, Zeit Online, 4.3.2024. **5** Dieter Stein: Der Aufbau hat begonnen! Junge Freiheit, 4.11.2005. **6** Dieter Stein: Das Herz beginnt wieder zu schlagen, Junge Freiheit, 27.4.2007. **7** Dieter Stein: Wunder geschehen, Junge Freiheit 11.6.2015. **8** Weitere Informationen und Quellen finden sich im dem Buch: Philipp Oswalt: Bauen am nationalen Haus. Architektur als Identitätspolitik, Berlin 2023. **9** Wilhelm v. Boddien: Zum Wiederaufbau des Berliner Schlosses, in: Deutschland-Journal, Fragen zur Zeit 2001, S. 29 – 31. | Zur politischen Einordnung der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft Hamburg vgl.: Andreas Speit: Verfassungsschutz wacht auf, Taz, 02.07.2023. **10** Vgl. Terminankündigung in der Jungen Freiheit vom 29.1.1999 und 5.2.1999. | Zur politischen Einordnung der Jungen Landmannschaft Ostpreußen vgl. auch: Belltower News: Die Junge Landmannschaft Ostdeutschland (JLO), 22.04.2008. **11** Jörg Häntzschel: Genug der Ehre. Humboldt-Forum. Süddeutsche Zeitung. 03.11.2021. **12** Richard Schröder: Wir sollen die Gesinnung unserer Spender überprüfen. Aufforderung zum Rechtsbruch durch die Stiftung. Berliner Extrablatt. Nr. 97. Mai 2022, S. 5-7. **13** JF-TV Thema: Kampf ums Berliner Schloss, youtube, 17.06.2022.





Proteste gegen eine Demonstration der DVU in Koblenz, Juni 1978  
Foto: Manfred Scholz | Redaktionsarchiv DVZ / apabiz e.V.

## Das Compact-Verbot im Spiegel der Geschichte

Das durch das Bundesministerium des Innern (BMI) im Juli ausgesprochene Verbot der Compact-Magazin GmbH wurde bereits nach einem Monat im Eilverfahren durch das Bundesverwaltungsgericht teilweise aufgehoben und wird nun im Hauptsacheverfahren entschieden. Staatliche Versuche gegen extrem rechte Medienakteure rechtlich vorzugehen hat es bereits in der Vergangenheit gegeben - mit unterschiedlichem Erfolg.

Von Vera Henßler

Ein Monat dauerte es, bis das Bundesverwaltungsgericht verlauten ließ: Der Sofortvollzug des Compact-Verbotes ist ausgesetzt, das Magazin darf wieder erscheinen. Die Voraussetzung für einen sofortigen Vollzug, so das Gericht, wäre nur gegeben, wenn die laut BMI gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichteten Beiträge »für die Ausrichtung der Vereinigung insgesamt derart prägend sind, dass das Verbot unter Verhältnismäßigkeitspunkten gerechtfertigt ist«. Hieran äußerte das Gericht Zweifel – eine umfangreiche Prüfung steht somit noch aus.

Während die Redaktion um Chefredakteur Jürgen Elsässer das vorläufige Urteil als Sieg auffasste, fiel die Reaktion des Staatsrechtlers Ulrich Vosgerau, der Compact in der Sache rechtlich vertritt, deutlich verhaltener aus. Die Entscheidung, so Vosgerau in einem Interview, sei ein ambivalenter Sieg, denn das Gericht habe die Ansicht des BMI bestätigt, wonach ein Verbot gemäß § 17 Vereinsgesetz auch dann gegen Wirtschaftsvereinigun-

gen ausgesprochen werden könne, wenn diese als Herausgeber von Presseerzeugnissen fungieren. Auch Götz Kubitschek kommentierte das Ergebnis des Eilverfahrens eher konsterniert. Im Frühjahr hatte sich das maßgeblich von Kubitschek getragene Institut für Staatspolitik (IFS) als Verein aufgelöst. Die stattdessen neugegründete Menschenpark Veranstaltungs UG verfolgt das Ziel, die Aktivitäten unter einer neuen Rechtsform weiterzuführen. Dass dieser Schritt aufgrund des Verlustes der Gemeinnützigkeit sowie der VS-Einstufung des IFS als »gesichert rechtsextrem« und damit vor einem möglicherweise drohenden Verbot erfolgte, hat Kubitschek in der Sezession dargelegt. Das Compact-Urteil könnte auch für ihn bedrohlich sein, wenn im Hauptsacheverfahren die Rechtmäßigkeit der Anwendung des Vereinsgesetzes bestätigt wird.

Das BMI hat in seiner Verbotsverfügung argumentiert, dass die Compact-Magazin GmbH in erster Linie als »politischer Agitator mit verfassungsfeindlicher

Grundhaltung« agiert. Deren Medienerzeugnisse dienten als Sprachrohr, um verfassungsfeindliche Ziele zu verbreiten. Da das Vereinsgesetz die verfassungsmäßige Ordnung unabhängig davon schütze, woher ihr die Gefahr droht, seien Presseerzeugnisse von der Anwendung des Gesetzes nicht ausgeschlossen.

Der Netzwerkcharakter von Compact und die Rolle als politischer Akteur sind sowohl bei extrem rechten Protesten auf der Straße als auch bei zahlreichen Veranstaltungen immer wieder deutlich geworden. Nur ein Beispiel: Für den Sommer 2024 plante Compact die Kampagne »Blaue Welle«, in deren Rahmen im Vorfeld der Landtagswahlen in drei ostdeutschen Bundesländern Volksfeste organisiert werden sollten, um »endlich den Machtwechsel in Deutschland möglich zu machen«. Die Planungen fielen aufgrund des Verbotes jedoch ins Wasser. Sebastian Wehrhahn argumentierte zuletzt folgerichtig, dass mit dem Verbot weniger die Pressefreiheit verhandelt wird, sondern

vielmehr »der Anspruch, unter Berufung auf diese Freiheit gegen die Rechte vieler Menschen vorzugehen – zum Beispiel das Recht, nicht verächtlich gemacht zu werden, das Recht, nicht ausgegrenzt zu werden oder das Recht, nicht verletzt zu werden.«<sup>1</sup> Dass das Gericht in seinem Urteil darauf verwiesen hat, dass es bei der Beurteilung des Verbotes wesentlich auf die propagierten Inhalte und deren strafrechtliche Relevanz ankommt ist ein Indiz dafür, dass die Inszenierung der Compact als freiheitliches Medienunternehmen, das nun von staatlicher Zensur betroffen sei, vor Gericht keinen Bestand haben wird. Im Hauptsacheverfahren wird ausschlaggebend sein, welchen Anteil die verfassungsfeindlichen Äußerungen haben – denn, das machte das Gericht ebenfalls deutlich, sollten diese nicht insgesamt prägend sein, so stünden mildere rechtliche Mittel wie medienrechtliche Maßnahmen und Veranstaltungs- und Versammlungsverbote zur Verfügung.

Compact ist nicht der erste extrem rechte Medienakteur gegen den der Staat aufgrund seiner menschenverachtenden Äußerungen und Inhalte rechtlich vorgeht. In der Vergangenheit waren vor allem neonazistische Zeitschriften betroffen, deren Herausgabe durch ein Verbot des Trägervereins quasi als Beifang unterbunden wurde. Erst vor einem Jahr verbot das BMI die »Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.«, die als Herausgeber der seit den 1960er Jahren erschienenen periodischen Schrift »Nordische Zeitung« fungierte. Auch die 1994 verbotene Wiking-Jugend gab mit dem »Wikinger« über Jahrzehnte hinweg eine regelmäßig erscheinende Schrift heraus. 2016 wurde mit dem Medienportal »Altermedia« ein Online-Medium verboten. Schon Jahre zuvor waren zwei Betreiber wegen dutzender Straftaten in Zusammenhang mit der Internetplattform verurteilt worden.

1974 scheiterte die Bundesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht mit dem Versuch, dem Verleger Gerhard Frey einzelne Grundrechte zu entziehen und den Vertrieb der von ihm herausgegebenen Deutschen National-Zeitung (DNZ) zu

unterbinden. Die DNZ war über Jahrzehnte hinweg die auflagenstärkste Zeitung der extremen Rechten mit einer Auflage von 120.000 Ende der 1970er Jahre.<sup>2</sup> Die im Boulevard-Stil aufgemachte Wochenzeitung bediente die gesamte extrem rechte Themenpalette mit einem Schwerpunkt auf die Rehabilitierung des NS bis hin zur Leugnung der NS-Verbrechen. Ähnlich wie Compact zielte die DNZ in Inhalten und Stil auf eine »Emotionalisierung der Politik«.<sup>3</sup> Frey war nicht nur Inhaber und Herausgeber der DNZ, sondern auch der Deutschen Wochen-Zeitung (DWZ), dem Druckschriften- und Zeitungsverlag sowie dem Freiheitlichen Zeitungsverlag. Die Publikationen waren Teil eines publizistischen Netzwerkes und dienten zudem als Sprachrohr der Deutschen Volks-Union (DVU), als deren Vorsitzender wiederum Frey fungierte. Das vom Bundesinnenministerium im Jahr 1969 ange strengte Verbot gegen die DNZ – einer Hochphase der NPD - berief sich jedoch nicht auf das Vereinsgesetz, sondern auf den Artikel 18 des Grundgesetzes (GG), in dem es heißt: »Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit [...] zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte.« Die zahlreichen nationalistischen, antisemitischen und rassistischen Veröffentlichungen in der DNZ, so die damalige Bundesregierung, bezeugten, dass Frey die Meinungsäußerungs- und Pressefreiheit zum Kampf gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung missbrauchen würde. Das Bundesverfassungsgericht sah den Antrag jedoch als nicht hinreichend begründet an, insbesondere was die maßgebliche Gefährlichkeit von Verlag und Verlagsinhaber angeht, und wies ihn nach über fünf Jahren 1974 einstimmig ab. Die damalige Bundesregierung hatte es zudem versäumt, im Laufe des Verfahrens aktualisierte Beweise für die Gefährlichkeit der DNZ einzubringen. Die Zeitung gerierte sich als Kämpferin für die Freiheit und sah in dem Urteil einen »Anschlag auf den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat abgewehrt«. Das Verwirkungsverfahren gegen Frey ist ein seltenes Beispiel für die praktische Anwendung des Artikels

18 GG, der bisher nur in vier Fällen ange strengt wurde, wobei alle Anträge bereits im Vorverfahren abgelehnt wurden.<sup>4</sup>

1981 versuchte der Berliner Bezirk Tempelhof anlässlich eines die Shoah relativierenden Beitrages in der DNZ eine Indizierung der Zeitung zu bewirken. Die Aufnahme eines Mediums in den Index jugendgefährdender Medien regelt heute das Jugendschutzgesetz und entspricht einem Werbe- und Verbreitungsverbot für auf der Liste geführte Medien oder einzelne Ausgaben. Auch dieser Versuch, die Hetze der DNZ zumindest in ihrer Reichweite einzuschränken scheiterte, da das Jugendschutzgesetz Indizierungen von regelmäßig erscheinenden, politischen Schriften ausschließt. An anderer Stelle waren Indizierungen von Zeitschriften aus dem Holocaustleugnerspektrum mitunter auch erfolgreich. So bestätigte das Verwaltungsgericht Köln 2010 sowohl die Indizierung einzelner Ausgaben von »Der Reichsbote« als auch eine einjährige Vorabindizierung der Schriftenreihe. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien hatte dem Blatt aufgrund der den Nationalsozialismus verherrlichenden Inhalte die Eigenschaft einer politischen Zeitschrift abgesprochen.

Die DNZ stellte ihr Erscheinen Ende 2019 ein. Nicht erst nach dem Tode Freys im Jahr 2013 war die zentrale Rolle der Zeitung in der extrem rechten Publizistik immer weniger gegeben. In der Abschiedserklärung hieß es zudem: »Der Medienwandel der letzten 15 Jahre und das damit einhergehende geänderte Nutzerverhalten machen diesen Schritt unumgänglich, aber auch verschmerzlich. Denn es ist Neues und gleichfalls Gutes herangewachsen, das – ebenso rechtstreu und verfassungstreu sowie am Wohl des deutschen Volkes orientiert – es auch verdient, gelesen und weitergegeben (oder »geteilt«) zu werden«. •

<sup>1</sup> Sebastian Wehrhahn: Die Vernetzer der Rechten, jacobin.de, 31.7.2024. <sup>2</sup> Vgl. Peter Dudek, Hans-Gerd Jaschke: Die Deutsche National-Zeitung. Inhalte. Geschichte. Aktionen, München 1981, S. 6. <sup>3</sup> Vgl. ebd. <sup>4</sup> Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags bewertete den Artikel 18 vor einigen Jahren als in der Praxis bedeutungslos, nicht zuletzt da in Bezug auf Vereinigungen effektivere Mittel wie das Vereinsverbot zu Verfügung stünden. Vgl. Wissenschaftlicher Dienst des Bundestags: Zur Verwirkung von Grundrechten nach Art. 18 GG., 2019, Deutscher Bundestag WD 3 - 3000 - 169/19.





Michael Kraske, Dirk Laabs: **Angriff auf Deutschland. Die schleichende Machtergreifung der AfD.** 350 Seiten, C.H. Beck 2024, 18 €.

Über die Alternative für Deutschland (AfD) und ihre innerparteilichen Auseinandersetzungen gibt es täglich Meldungen: Personalquerelen, Skandale, Fehltritte. Darüber droht aus dem Blick zu geraten, dass das Problem mit dieser Partei nicht anhand persönlicher Verfehlungen und Unappetitlichkeiten auszumachen ist, sondern anhand ihres politischen Charakters. Dass die AfD eine extrem rechte Partei ist, gilt inzwischen in weiten Teilen der Öffentlichkeit als Konsens politischer Erkenntnis. Nützt nur nichts. Die Partei wird trotzdem, nein gerade deshalb gewählt. Wozu braucht es also noch ein Buch das ihre Demokratiefeindschaft nachweisen kann?

Umfangreiches Wissen und Erfahrungen in der journalistischen Arbeit zur extremen Rechten bringen Michael Kraske und Dirk Laabs mit. Ihr Blick auf die AfD lässt sich nicht blenden von der nationalkonservati-

## Politische Fernsicht auf die AfD

Von David Begrich

ven Kulissen Schieberei, mit welcher die Partei über Jahre ihren extrem rechten Kern zu kaschieren versuchte.

Zu Beginn machen die Verfasser klar, dass es keines »Geheimplans« bedurfte, um die rassistischen Konzepte der Partei politisch zu operationalisieren. Vielmehr lag und liegt alles, was die Partei und ihr politisches Umfeld anstrebt seit Jahren offen zu Tage – stringent ignoriert von denen, die sie über Jahre verharmlosten und jetzt ihre Ideen, modifiziert, abschreiben. Die Verfasser rollen die politische Strategie der Partei und ihre Einbindung in die extreme Rechte systematisch auf. Kontakte zu Reichsbürgern? Kein Zufall! Dass die AfD die Parlamente als Bühne und Ressourcenquelle in Dienst nimmt? Keine Überraschung! Die Autoren legen dar, was in der tagespolitischen Berichterstattung zu oft untergeht; nämlich dass es der Partei nicht um die einzelne Anfrage im Parlament, den einen Gesetzentwurf oder die eine breit verlinkte Rede im Bundestag geht. Anliegen der Partei, das zeigen die zahlreichen Beispiele deutlich, ist ein langfristiger rechtsautoritärer Umbau von Staat und Gesellschaft. Hierfür nutzt sie alle Möglichkeiten, die sich ihr bieten: jetzt im Parlament und auf der Straße, später vielleicht einmal in einer Regierung oder vorerst in einem Amt als Landrat oder Bürgermeister\*in. So benennen Kraske und Laabs zurecht die Kommunalpolitik als »Kampfzone«: Vor Ort eignen sich die kommunalen Mandatsträger\*innen der AfD jenes Wissen an, mit dem sie hernach auf anderen politischen Ebenen ihre destruktive Wirkung entfalten können.

Der Erfolg der AfD gründet keineswegs nur auf ihrer vorgeblich genialen politischen Strategie, so die Autoren. Vielmehr profitiert sie zu oft von der Arglosigkeit, dem mangelnden Wissen ihrer politischen Gegner\*innen und der Tatsache, dass diese die Partei über lange Zeit unterschätzten oder noch immer unterschätzen. Besondere

Aufmerksamkeit widmen sie dem Umstand, dass und wie die AfD um Polizist\*innen, Soldat\*innen und Richter\*innen wirbt, mit dem Ziel diese Schlüsselgruppen des Sicherheits- und Justizapparates für ihre Politik zu gewinnen, um im Falle einer Machtbeteiligung sich deren Loyalität gewiss sein zu können.

Abschließend wägen die Verfasser das Für und Wider eines AfD-Verbotes ab. Mit Blick auf die langfristige Strategie der AfD und den Verlauf der Radikalisierung der Partei optieren sie folgerichtig für ein Verbot. Nicht zuletzt machen Laabs und Kraske Vorschläge, wie demokratische Akteur\*innen in der Auseinandersetzung mit der AfD wieder Land gewinnen. Dass es dabei entscheidend darauf ankommt, sich vom Agenda Setting der AfD abzuwenden und den extrem rechten Diskurs nicht weiter zu füttern, wird an Beispielen aus Politik, Medien und Gesellschaft exemplarisch und anschaulich dargestellt.

Laabs und Kraske haben ein gut lesbares Sachbuch für das breite Publikum geschrieben, das umfassend in die Genese und Gegenwart der AfD und ihrer Politik einführt. Jenseits der Atemlosigkeit gegenwärtiger Aufreger in sozialen Netzwerken, die morgen schon wieder vergessen sind, haben die Autoren Fakten und Einsichten zusammengetragen, die ihre Gültigkeit unabhängig davon behalten, ob Björn Höcke heute dieses sagt oder jenes demeniert. Es lohnt sich, zu diesem Buch zu greifen weil es mehr leistet, als sich an der Partei abzarbeiten: Der Band lichtet den Nebel der AfD-Propaganda und vermittelt politische Fernsicht auf die Partei. •

## Ermittlungen gegen »Sächsische Separatisten«

Bundesweit • Anfang November erfolgten Durchsuchungen und Festnahmen von mutmasslichen Mitgliedern der bis dahin unbekannt Gruppe »Sächsische Separatisten«. Die Behörden durchsuchten 20 Objekte in Polen, Sachsen und der Schweiz, acht Personen wurden festgenommen. Ihnen wird die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Die militante Gruppe aus 15-20 Personen habe sich, so die Bundesanwaltschaft, spätestens im November 2020 gegründet, um bei einem bevorstehenden Tag X mit Waffengewalt einzelne Gebiete zu erobern. Hierfür hätten die Verdächtigen paramilitärische Trainings abgehalten, bei denen auch Schusswaffen verwendet worden seien. Ziel der Gruppe sei es auch gewesen, unerwünschte Menschengruppen durch ethnische Säuberungen aus der Gegend zu entfernen. Unter den Festgenommenen befinden sich auch drei Personen, die für die AfD in Erscheinung getreten sind, darunter ein Lokalpolitiker aus Grimma und der Schatzmeister der Jungen Alternative Sachsen.

## Wirkungsvolle Gedenkarbeit

Berlin • Basierend auf den Recherchen einer Gedenkinitiative wurde im Oktober 2024 ein neuer Verdachtsfall auf die Liste der Todesopfer rechter Gewalt der Amadeu Antonio Stiftung gesetzt. Hans-Joachim Heidelberg wurde am 24. Oktober 1993 in Berlin-Schöneeweide getötet. Die Initiative beschreibt die Unsichtbarkeit des Tatmotivs: »Behindertenfeindlichkeit als Motiv scheint [...] von Polizei und Staatsanwaltschaft bei den Ermittlungen nicht in Erwägung gezogen worden zu sein. [...] Trotz vorhandener Indizien ist sich die Polizei offenbar bereits sehr schnell nach der Tat sicher, dass es sich nicht um ein politisches Motiv gehandelt haben kann.« Der vollständige Text (zuerst bei Belltower News erschienen) kann auf unserem Blog Berlin rechtsaußen nachgelesen werden. Eine Version in Leichter Sprache findet sich auf der Seite des Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick.

## Ursula Haverbeck verstorben

Bundesweit • Die mehrfach verurteilte Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck ist am 20. November im Alter von 96 Jahren verstorben. Haverbeck war über Jahrzehnte in der neonazistischen Rechten aktiv und gelangte aufgrund zahlreicher Gerichtsprozesse wegen Volksverhetzung immer wieder in die Schlagzeilen. Haverbeck war seit 2004 mehrfach inhaftiert, da sie wiederholt behauptete, in Auschwitz habe es keine Massenmorde gegeben. In den 1980er Jahren fungierte Haverbeck als Präsidentin des 1960 gegründeten Weltbund zum Schutze des Lebens e.V., der zunächst an der entstehenden Ökologiebewegung beteiligt war, bevor er sich mehr und mehr der extremen Rechten zuwandte. Gemeinsam mit ihrem Mann Werner Georg Haverbeck gründete Haverbeck 1963 das Collegium Humanum, in dessen Räumen in Vlotho (Ostwestfalen) über Jahrzehnte eine Bildungsstätte für die neonazistische Rechte betrieben wurde. 2008 wurde der Verein verboten, da er u.a. in seinen Schriften regelmäßig Holocaust leugnende Propaganda verbreitete. In den 1990er Jahren war Haverbeck Vorsitzende des Vereins Gedächtnisstätte e.V. in Gutmannshausen. Seit 2011 betreibt der Verein auf seinem Gelände in Thüringen eine Kultur- und Tagungsstätte sowie eine Gedächtnisstätte für die »12 Millionen zivilen deutschen Todesopfern im und nach dem 2. Weltkrieg«.

## Aktion Notgroschen

Brandenburg • Seit über 25 Jahren berät die Opferperspektive in Brandenburg Menschen, die Diskriminierungen oder rechte, rassistische oder antisemitische Gewalt erlebt haben. Die Wahlergebnisse, nicht nur in Brandenburg, Thüringen und Sachsen, haben schmerzhaft vor Augen geführt wie real der bundesweite Rechtsruck ist. Um ihre Arbeit zu sichern, ruft die Opferperspektive mit der Aktion Notgroschen zum Spenden auf. 

Anzeige

# Notgroschen für die Opferperspektive

Für eine Arbeit,  
die Sicherheit gibt.



Ohne deine Solidarität  
geht es nicht.

Spende jetzt über  
[opferperspektive.de](https://opferperspektive.de)  
oder  
[betterplace.org](https://betterplace.org)



In der Kategorie **Neu im Archiv** stellen wir Bücher vor, die in den vergangenen Monaten in unsere Bibliothek aufgenommen wurden.

**Sonja Angelika Strube: Rechte Versuchung. Bekenntnisfall für das Christentum, Herder, Freiburg 2024.**

Wie kann die Kirche extrem rechter Einflussnahme entgegenreten? Herausforderungen in diesem Feld reichen von theologischen Bezügen in der Neuen Rechten, christlichem »Lebensschutz«, Anti-Gender-Aktivismus sowie rechten Zugriffen auf christliche Traditionen und Einflussnahmen auf die grundlegende Ausrichtung der katholischen Kirche. Sonja Strube präsentiert in ihrem Buch nicht nur ihre langjährige Forschung zu Rechtsextremismus und Kirche, sondern gibt auch eigene Impulse für die Positionierung der Kirchen. Strube plädiert für ein »wehrhaftes« Christentum und gibt zahlreiche Denk- und Handlungsansätze, die autoritäre Versuchungen durch die Religion überwinden wollen und sich für eine demokratische Kultur in den Kirchen einsetzen. (cj)

**Hanna Vatter: Radikale Männlichkeit. Der narzisstische Charakter und seine Sehnsucht nach Autorität, Alibri, Aschaffenburg 2023.**

Nach einem dichten theoretischen Einstieg versucht Hanna Vatter, die Charaktere und Manifeste vier verschiedener rechtsterroristischer Attentäter unter den Prämissen der feministischen psychoanalytischen Kulturtheorie zu analysieren. Im Anschluss an ihre aufschlussreiche Beleuchtung von männlich konnotierter Autorität und der gesellschaft-

lichen Sehnsucht danach, übernimmt sich die Autorin an der Analyse. Diese basiert auf Presseberichten und Tätermanifesten und weist vielfach eine flapsige Auseinandersetzung mit den rechtsterroristischen Manifesten auf und bleibt somit kursorisch. Ein voraussetzungsreiches Buch, das dem eigenen Anspruch nicht gerecht zu werden scheint. (mp)

**Fachstelle Bildungsallianzen gegen rechte Ideologien der Heinrich-Böll-Landesstiftungen: Antidemokratie getarnt als Politische Bildung, Weiterdenken Verlag, Dresden 2024.**

Diskursverschiebungen und die Normalisierung queerfeindlicher, antisemitischer oder rassistischer Narrative sind Teil einer metapolitischen Strategie der extremen Rechten, die seit Jahren angewandt wird, um die politische Kultur zu verändern. Besonders die politische Bildung ist ein wichtiges Element dieses Vorgehens. Die aktuelle Analyse der Heinrich-Böll-Stiftung betrachtet drei zentrale Akteure aus diesem Milieu: das Institut für Staatspolitik, die Bibliothek des Konservatismus und die Desiderius-Erasmus-Stiftung. Die Texte verschiedener Autor\*innen bieten eine umfangreiche Zusammenfassung über Entstehung, thematische Schwerpunkte und Netzwerke der drei Institutionen. Die Publikation kann kostenfrei bestellt oder als pdf auf der Stiftungsseite heruntergeladen werden. (df)

Neuer Workshop

»Die extreme Rechte – Ideologien, Strategien, Akteure«



Der Workshop sensibilisiert mit Beispielen aus der extrem rechten Medienwelt für aktuelle extrem rechte Phänomene, Akteure und Denkmuster und trägt damit dazu bei, dass diese von den Teilnehmenden erkannt und verstanden werden. Ziel ist es Zusammenhänge zu erkennen, um individuelle Handlungsoptionen für den Alltag zu entwickeln. Die Inhalte des Workshops orientieren sich an der Lebenswelt der Teilnehmenden und werden auf die jeweilige Gruppe abgestimmt. Er richtet sich primär an Jugendliche und junge Erwachsene in schulischen und außerschulischen Kontexten. Der Workshop kann ab sofort gebucht werden.

Für erwachsene Gruppen ist ein 60- bis 90-minütiger Vortrag möglich.

 [www.apabiz.de/bildung](http://www.apabiz.de/bildung)

Unterstützt das apabiz!



Antifaschistische Arbeit kostet Geld. Wer das apabiz finanziell unterstützen will, spendet uns einen festen monatlichen Betrag (ab 8 Euro). Dafür bekommt ihr unseren Rundbrief *monitor*, unsere Reihe *magazine* und ab und an weitere Broschüren kostenlos zugeschickt. Wenn ihr uns besucht, bekommt ihr einen  und könnt euch ein  aus unserer Präsenzbibliothek ausleihen.

monitor - rundbrief des apabiz e.V.

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.  
lausitzerstr. 10 | 10999 berlin  
v.i.s.d.p.: c. schulze  
fotos: alle rechte liegen bei den fotograf\*innen  
iban: DE30 1002 0500 0003 3208 00  
bank für sozialwirtschaft  
 0 30 . 6 11 62 49  [mail@apabiz.de](mailto:mail@apabiz.de)  [www.apabiz.de](http://www.apabiz.de)